



Vorlage KuSA_11/2014
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und Schulausschusses
am 31.03.2014

mit 1 Anlage

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

Sachstandsbericht Europaangelegenheiten

Turnusmäßig berichten wir im Kultur- und Schulausschuss – unserem Europaausschuss – über aktuelle Entwicklungen und Vorgänge auf europäischer Ebene, die den Landkreis Ludwigsburg betreffen.

I. Europäischer Wettbewerb der Schulen und Europaquiz 2014

Der 61. Europäische Wettbewerb der Schulen steht unter dem Motto „Wie wollen wir leben in Europa?“. Zu Beginn des Schuljahres 2013/2014 haben wir die Schülerinnen und Schüler im Landkreis dazu aufgerufen, sich zahlreich mit Texten und Bildern an der Ausschreibung zu beteiligen. Die Preisverleihung soll am 14. Mai 2014 im Großen Sitzungssaal stattfinden.

Um das Thema Europa an den Schulen noch mehr in den Fokus von Lehrern und Schülern zu rücken, haben wir wieder das Europaquiz für die weiterführenden Schulen ausgeschrieben, das mit attraktiven Preisen honoriert wird. Das Europaquiz findet dieses Jahr zum 11. Mal statt. Erneut unterstützt die Kreissparkasse Ludwigsburg das Europaquiz finanziell. So können wir als ersten Preis den Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg mit einem Empfang durch Herrn MdEP Rainer Wieland für eine Schulklasse vergeben. Der zweite Preis besteht aus einem Ausflug nach Frankfurt am Main mit Besuch der EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority = Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung), der dritte Preis ist ein Buchgutschein zum Thema Europa. Die Preisverleihung des Europaquiz findet gemeinsam mit der Preisverleihung des Europäischen Wettbewerbs am 14. Mai 2014 statt. Sie sind herzlich eingeladen.

II. Kommunal- und Europawahl am 25. Mai 2014: Veranstaltungen, Wahlaufruf, Positionspapier des Deutschen Landkreistages, Nominierung der baden-württembergischen Kandidaten, Beschränkung für kleine Parteien

Am 25. Mai 2014 sind Kommunal- und Europawahlen in Baden-Württemberg.

Neujahrsempfang des Landkreises Ludwigsburg 2014

Als Auftakt zur Europawahl fand am 17. Januar 2014 der diesjährige Neujahrsempfang des Landkreises unter dem Motto „Zusammen sind wir Europa!“ statt. Zu Gast waren die Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt und Rainer Wieland, zugleich in ihrer Funktion als baden-württembergische Landesvorsitzende bzw. als Bundesvorsitzender der Europa-Union Deutschland. Beide sind in ihren Reden auf aktuelle Aspekte und Probleme im europäischen Einigungsprozess eingegangen, haben aber auch die vielen Vorteile Europas ins Bewusstsein gerückt. In Zusammenarbeit mit der Europa-Union und den Jungen Europäischen Föderalisten haben wir für eine hohe Wahlbeteiligung bei der diesjährigen Europawahl geworben. Ein wichtiger Teil dieses Neujahrsempfangs war außerdem eine Ausstellung zu den Städtepartnerschaften im Landkreis Ludwigsburg, an der sich 18 Kreiskommunen mit vielfältigen Aktionen beteiligten. Über 600 Gäste nahmen an dieser großen Europa-Veranstaltung teil und wir erhielten viele positive Rückmeldungen.

Wahlaufruf zur Kommunal- und Europawahl – Veranstaltungen

Landrat Dr. Haas wirbt im Vorfeld der Europawahl dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und die Richtung der europäischen Politik für die kommenden Jahre mitbestimmen. Neben einem Wahlaufruf für die Kommunal- und Europawahl wird er am 9. Mai 2014 in der Oscar-Walcker-Schule eine Unterrichtsstunde zum Thema Europa halten und den Schülerinnen und Schülern zu europäischen Themen Rede und Antwort stehen.

Außerdem finden an weiteren Schulen, beispielsweise an der Robert-Franck-Schule, und in vielen Landkreisgemeinden Aktionen statt, um für eine Teilnahme an der Kommunal- und Europawahl vor allem bei Jungwählern zu werben. Der Landkreis unterstützt diese im Rahmen seiner Möglichkeiten. Folgende Aktionen der Städte und Gemeinden seien beispielhaft aufgeführt:

- In Gerlingen beteiligt sich der Jugendgemeinderat an einer Aktion der Landeszentrale für Politische Bildung. Bei dem Projekt „Zehn Plus“ geht es darum, dass sich in den Testkommunen zehn Prozent mehr Erstwähler an der Wahl beteiligen als im Landesdurchschnitt. Zudem planen der Jugendgemeinderat und der Stadtjugendring, ein so genanntes „Speed Dating“ im Robert-Bosch-Gymnasium durchzuführen.
- In Erdmannhausen beabsichtigt der Leiter des Jugendhauses Calypso Anfang Mai 2014 eine Diskussionsrunde für Jugendliche mit Kandidaten zur Gemeinderatswahl anzubieten.
- In Korntal-Münchingen plant der Jugendgemeinderat am 3. Mai eine Podiumsdiskussion mit Kandidaten der Parteien und Wählervereinigungen. In den Jugendhäusern sind weitere Veranstaltungen geplant.
- In Markgröningen nehmen sich der Jugendgemeinderat gemeinsam mit dem Stadtjugendpfleger der Stadt dem Thema Wahlrecht mit 16 an. In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung wird es ein Paket geben: Am 26. März wird zunächst ein sechsstündiges Seminar durchgeführt. Das Seminar soll ein praktisches Ergebnis in Form einer Wandzeitung ergeben.

Diese Wandzeitungen sollen dann an den Schulen aufgehängt und von den jeweiligen Jugendgemeinderäten betreut werden.

- Die Gemeinde Pleidelsheim wird die Postkarten, die die Landeszentrale für Politische Bildung anbietet, an die Erstwähler verschicken. Außerdem werden sie im Amtsblatt, auf der Homepage und der Facebook-Seite darauf hinweisen, dass man bereits mit 16 wählen darf.
- In Remseck am Neckar wurden bereits durch das Jugendreferat Schulhofaktionen an allen weiterführenden Schulen durchgeführt, die zum einen über das Wahlrecht ab 16, das Wahlsystem und den Ablauf der Kommunalwahlen informiert haben. Außerdem wurden Themen der Schülerinnen und Schüler gesammelt, die sie für Remseck als relevant empfinden. Des Weiteren ist eine Veranstaltung im Haus der Jugend am 10. Mai geplant "Youth Goes Politics - gib deinen Senf dazu!", bei der Jugendliche und Parteien/Wählervereinigungen sich begegnen können.
- Die Stadt Kornwestheim wird mit allen Schülerinnen und Schülern in der Altersgruppe 16 bis 18 am 9. April eine Veranstaltung durchführen, bei der Verwaltungsvertreter und die im Gemeinderat vertretenen Parteien in einer Art Speed-Dating zu Themen Rede und Antwort stehen, die im Interesse von Jugendlichen sind. Diese Themen wurden in den Schulen zusammengetragen. Jede Schülergruppe hat drei solcher Treffen. Zurzeit wird diese Großveranstaltung von allen Schulen (Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien) intensiv im Unterricht vorbereitet. So wird unter anderem auch erklärt, wie die Wahlen und die Stimmenabgabe funktionieren.
- In Ingersheim planen die örtlichen Parteien gemeinsam mit dem Verein für öffentliche und soziale Jugendarbeit eine Infoveranstaltung für Erstwähler am 14. Mai.
- In Kirchheim am Neckar wird am 14. April ein Jugendforum stattfinden. Hierzu werden alle Jugendlichen ab dem 14. Lebensjahr eingeladen. Unter anderem wird dabei auch das Thema „Wahl“ angesprochen und auch die Parteien/Organisationen werden vor Ort sein.
- In Ditzingen möchte das Gesamt-Jugendteam verschiedene Angebote gezielt für die neuen U18-Neuwähler und Folgealtersklassen machen. Ziel ist es, die Jugendlichen in einer jugendgerechten Sprache über das komplizierte Kommunalwahlrecht aufzuklären, ihnen den direkten Kontakt zu den Kandidaten zu ermöglichen und jugendpolitisch relevante Fragestellungen zu äußern.
- Die Gemeinde Schwieberdingen informiert die Erstwähler im Rahmen der üblichen Informationen im Vorfeld einer Wahl über das Amtsblatt. Zudem legen sie die Postkarten der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg als Infomaterial aus.
- Die Kreisjugendpflege hat über den „Sozialarbeiter-Arbeitskreis“ bei den Jugendhäusern vorgeschlagen, eigene Veranstaltungen zu machen. Die Jugendhäuser werden dazu von der Kreisjugendpflege mit Infos und Material beliefert. Auch im „Jugendforum WEST“ (Träger ist der Kreisverband der Jugendzentren) hat die Kreisjugendpflege Veranstaltungen zum Thema angeregt. So planen die Jugendtreffs in Vaihingen-Gündelbach, Vaihingen-Aurich sowie das Jugendhaus in Sersheim Veranstaltungen.

Positionspapier des Deutschen Landkreistags zur Europawahl

Der deutsche Landkreistag hat seine Forderungen zur Europawahl 2014 in einem Positionspapier zusammengestellt. Dieses ist als Anlage 1 beigefügt. Sie steht außerdem auch unter www.landkreistag.de/publikationen im Internet.

Nominierung der baden-württembergischen Kandidaten für die Europawahl

Für die Wahl des Europäischen Parlaments stehen mittlerweile alle Kandidaten fest. Aktuell hat das EU-Parlament 766 Sitze. 99 Sitze fallen dabei auf EU-Abgeordnete aus Deutschland, darunter elf auf Vertreter aus Baden-Württemberg (zur Zeit 6 CDU, 2 SPD, 2 FDP, 1 Bündnis 90/GRÜNE). Die Abgeordnetenzahl soll gemäß dem Vertrag von Lissabon in der kommenden Wahlperiode auf 751 verringert werden. Deutschland wird dann künftig nur noch 96 Sitze haben. Diese Europawahlen sind so wichtig wie noch keine vor ihnen, da die Entscheidungskompetenzen des Europäischen Parlaments und überhaupt der Einfluss von europäischen Regelungen auf unseren Alltag in den letzten Jahren stetig zugenommen haben. Neu bei der diesjährigen Europawahl ist daher, dass die Parteien erstmals Spitzenkandidaten für die Position des Präsidenten der EU-Kommission ins Rennen schicken. Diese Tatsache führt zu mehr Demokratie in der EU, wird ihr Präsident doch so künftig direkt demokratisch legitimiert.

Die vollständigen Europawahllisten und weitere Informationen sind unter www.europawahl-bw.de/bwkandidaten im Internet einsehbar.

Keine Drei-Prozent-Klausel mehr für kleine Parteien bei der Europawahl

Eine weitere Neuerung für die Europawahl in Deutschland ist, dass kleine Parteien einen leichteren Zugang zum Europäischen Parlament haben werden. Das Bundesverfassungsgericht hat Ende Februar die vor wenigen Monaten eingeführte Drei-Prozent-Klausel bei der Europawahl mit Berufung auf die Wahlrechtsgleichheit und die Chancengleichheit wieder gekippt. Die Reaktionen auf das Urteil waren überwiegend negativ. Viele Stimmen, vor allem von Europaexperten, warnten vor einer Zersplitterung des Europäischen Parlaments und vor offenen Türen für extreme (auch antieuropäisch gesinnte) Parteien. Das Urteil zeige ein antiquiertes Europabild, das nicht mehr der Realität entspreche. Andere Reaktionen gaben an, dass es in Brüssel ohnehin keine einheitlichen Fraktionen und schon sehr viele verschiedene Parteien gebe und das Europaparlament weniger Entscheidungskompetenzen besitze, für die stabile Mehrheitsverhältnisse notwendig wären.

III. Neuer Leiter des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen

Seit 1. März hat das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen einen neuen Leiter. Auf Florian Domansky, der als Europa-Stabsstellenleiter nach Reutlingen ging, folgt Martin Silzer. Er hat sich im Rahmen seines politik- und geschichtswissenschaftlichen Magisterstudiums mit dem Thema „Europa“ befasst. Seine Dissertation über die Europäisierung der finnischen Außenpolitik befindet sich derzeit in Druckvorbereitung. Durch diese sind ihm die Zusammenhänge der Europapolitik sowie Brüssel als Ort politischer Entscheidungen vertraut. Er war darüber hinaus mehrere Jahre Mitarbeiter von Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags mit bildungspolitischem Schwerpunkt und Praktikant bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen hat zudem seinen Internetauftritt überarbeitet (www.europabuero-bw.de).

IV. Neuwahlen beim europäischen Dachverband des RGRE

Anfang Dezember 2013 traf sich der Hauptausschuss des CEMR (Council of European Municipalities and Regions = europäischer Dachverband des RGRE) in Prag. Bei dieser Sitzung standen die Neuwahlen des europäischen Präsidiums und Hauptausschusses im Mittelpunkt. Als neue Präsidentin (und somit Nachfolgerin des ehemaligen Stuttgarter Oberbürgermeisters Dr. Wolfgang Schuster) wurde Annemarie Jorritsma, Bürgermeisterin der Stadt Almere (Niederlande), gewählt. Sie war bisher Co-Präsidentin des CEMR und ist nun in der 62-jährigen Geschichte die erste Frau an der Spitze des Verbandes. Herr Dr. Schuster wurde mit der Amtsübergabe zum Ehrenpräsidenten des CEMR gewählt. Landrat Dr. Haas ist weiterhin stellvertretendes Mitglied des europäischen Hauptausschusses. Weitere Themen auf der Tagesordnung waren der Umzug des CEMR-Büros von Paris nach Brüssel und damit verbunden die Änderung der Rechtsform von französischem in belgisches Recht, das Arbeitsprogramm des CEMR, die Europawahl sowie die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

V. Griechenland hat die EU-Ratspräsidentschaft übernommen

Zum 1. Januar 2014 hat Griechenland den halbjährlich wechselnden Vorsitz im EU-Ministerrat übernommen – zum fünften Mal seit seinem Beitritt im Jahr 1981. Griechenland obliegt nun die Verhandlungsführung zwischen dem Rat der EU und dem Europäischen Parlament sowie die Koordination im Rat der EU. Die Prioritäten der griechischen Ratspräsidentschaft liegen auf wirtschaftlicher Entwicklung, Beschäftigung (Stichwort: Jugendarbeitslosigkeit) und Kohäsion, Integration der Eurozone (Stichwort: Bankenunion, Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion), Migration und Mobilität (Stichwort: Migrationssteuer, Asylsuchende). Angesichts der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Lage Griechenlands kann die Ratspräsidentschaft eine Chance für das Land darstellen, sich als verlässlicher Partner zu beweisen. Das vorgesehene Budget von 50 Mio. Euro fällt weit geringer aus als bei anderen Ratspräsidentschaften. Auch das Organisationsteam ist sehr klein. Die EU wird unter griechischem Vorsitz ihren weiteren Weg aus der Krise finden müssen und für stabile Finanzen sowie Wachstumsimpulse stehen.

VI. Ukraine- und Krim-Krise wird zur europäischen Krise

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier bezeichnete die momentane Lage in Europa als „schlimmste Krise seit dem Mauerfall“. Ausgelöst durch die Umstürzbewegungen in der Ukraine hat Russland seine Truppen auf der ukrainischen Halbinsel Krim stationiert und beabsichtigt, diese zu annektieren. In einer von Machttrangeleien, Taktik und Diplomatie beherrschten Konstellation bemüht sich der Westen um eine Lösung dieses Ost-West-Konflikts. Ein Referendum soll den (hauptsächlich russischen) Bewohnern der Krim überlassen, ob sie einen Anschluss an Russland wünschen. Die Situation ist undurchsichtig und kann sich von einem Tag auf den anderen ändern. Weltpolitisch bedeutet sie einen schwierigen Konflikt, dessen weiterer Verlauf aufmerksam verfolgt werden sollte – er kann einen entscheidenden Einschnitt in der europäischen Geschichte (und für die europäische Wirtschaft) bedeuten.

VII. Richtlinienpaket zum EU-Vergaberecht im Europäischen Parlament verabschiedet

Mit großer Mehrheit befürwortete das Plenum des Europäischen Parlaments Mitte Januar die Novellierung der EU-Vergaberichtlinien. Erfreulich ist, dass Kommunalkredite weiterhin ausschrei-

bungsfrei bleiben und sich einzelne Verfahrensvereinfachungen durchsetzen konnten. Gleichzeitig stimmten die Abgeordneten für eine Richtlinie zu den Dienstleistungskonzessionen. Wie berichtet, wurden der Bereich der Trinkwasserversorgung und die Rettungsdienste davon ausgenommen. In einem nächsten Schritt werden die Texte im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Dann haben die Mitgliedsstaaten nach Inkrafttreten zwei Jahre Zeit, die Vorgaben in nationales Recht umzusetzen. Auch wenn sich manche kommunalfreundliche Aspekte nicht durchsetzen konnten, bringen die neuen Beschlüsse insgesamt dennoch Verfahrensvereinfachungen mit sich.

VIII. Sonstige Themen in Kürze

- Lettland hat zum 1. Januar 2014 den Euro als Währung eingeführt
Die Eurozone besteht nun aus 18 Mitgliedsländern.
- SEPA-Einführung – Frist bis August 2014 verlängert
Anfang Februar hat das EU-Parlament den Kommissionsvorschlag zur Verlängerung der Übergangsfrist für die SEPA-Umstellung angenommen. Zahlungsdienstleister haben nun noch bis 1. August Zeit, die sich aus der Verordnung ergebenden Vorgaben umzusetzen.
- EU stimmt für Zulassung von Genmais
Im EU-Agrarministerrat wurde (unter Enthaltung der deutschen Bundesregierung) der Weg für die Zulassung der gentechnisch veränderten Maissorte 1507 in der EU geebnet. Kritiker befürchten, dass der „Genmais“ auf lange Sicht auch in Deutschland angebaut werden könnte. Die Experten, darunter auch der Fachbereich Landwirtschaft des Landratsamtes, raten vom Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen generell ab. Zum einen fehle die Nachfrage in Deutschland, zum anderen würden sich aus einem Anbau für Bauern mitunter hohe Haftungsrisiken ergeben, sollten die Pflanzen umliegende Felder „verunreinigen“.
- Barrierefreier Zugang zu Webseiten öffentlicher Stellen
Das Europäische Parlament hat den Bericht zum Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Webseiten öffentlicher Hand angenommen. Die EU-Abgeordneten erweiterten den ursprünglichen Vorschlag an verschiedenen Stellen. Beispielsweise soll die Richtlinie für alle Webseiten von öffentlichen Stellen sowie von anderen Körperschaften gelten, die öffentliche Aufgaben ausführen. Die Positionierung des Rats der EU steht noch aus. Es sollen schrittweise Fristen zur Umsetzung der neuen Richtlinie aufgestellt werden. Die Internetseite des Landratsamtes Ludwigsburg ist bereits barrierefrei.
- Konferenz „Cities of Tomorrow“ – Urbane Agenda für Europa
Die EU-Kommission veranstaltete am 17. und 18. Februar die Konferenz „Cities of Tomorrow: Investing in Europe“. Ziel des intensiven Austausches zwischen der EU- und der lokalen Ebene war es, der Frage nachzugehen, ob auf EU-Ebene eine urbane Agenda nötig ist, um EU- und nationale Politiken stärker an den Bedürfnissen der Kommunen auszurichten und wie dies geschehen könnte. Im Rahmen dieser Konferenz wurde auch die mit der Regionalpolitik 2014-2020 neu geschaffene Möglichkeit eines europäischen Stadtentwicklungsforums sowie die Teilnahmebedingungen für Städte vorgestellt und über weitere Beteiligungsmöglichkeiten für die kommunale Ebene informiert.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme